Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schabeis, Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 134 — Freitag, den 11. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Die Parteien und die Regierungsbildung.

(TU) Am Sonntag tritt in Berlin eine sozialdemokratische Parteikonferenz zusammen. Die „Sozialistische Korrespondenz" kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Mehrheitssozialisten unzweifelhaft unter der besonderen Ungunst der Verhältnisse im Wahlkampf gelitten haben. Die Koalitionsregierung, sagt sie, darf auch jetzt noch mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken. Aber das deutsche Volk vergleicht die Zustände ihrer Regierungszeit sinn- und gedankenlos mit den Verhältnissen vor dem Kriege und der hungrige Magen war stärker als die denkende Vernunft. Die Rechtsregierung, die jetzt kommen muß, wird tausend hoffnungsvolle Keime zertreten, die nachher wieder mit vieler Mühe gepflanzt werden müssen. Die Demagogie der Rechtsparteien übersteigt so sehr jedes Maß von Verstand und Anstand, daß wir schon um deswillen jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnen müssen. Sie sollen jetzt regieren, um daraus wenigstens zu lernen, daß im parlamentarischen Staat auch die Opposition Maß halten und Vernunftgefühl besitzen muß. Gestern nachmittag trat der Vorstand der demokratischen Partei zusammen. In dieser Sitzung wurden keine bindenden Beschlüsse gefaßt. In diesen Tagen werden die nicht in Berlin wohnhaften Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion in Berlin erwartet. Diese wird dann sofort, voraussichtlich Dienstag nächster Woche, mit ihren Beratungen beginnen. Wie die übrigen Parteien verfolgen auch die Demokraten die Taktik des Abwartens. Bei den süddeutschen Vertretern macht sich die Richtung stärker bemerkbar, die auf ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzielt. Auch das Zentrum hat zur Lage noch nicht offiziell Stellung genommen. Die Entscheidung darüber wird jedoch gleichfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird Montag nachmittag 3 Uhr zur ersten offiziellen Sitzung zusammentreten und sich mit der Lage beschäftigen.

(TU) Die unabhängige „Freiheit" schreibt unter der Ueberschrift „Auf dem Wege zum Bürgerblock": Die Regierungskrise ist in den letzten 24 Stunden nicht näher gekommen. Nur insofern ist eine gewisse Klärung geschaffen, als sich einige führende Rechtssozialisten, wie besonders Philipp Scheidemann und Paul Hirsch, recht entschieden gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben. Wir möchten noch nicht unbedingt die Hand dafür ins Feuer legen, daß die Gesamtpartei sich unter allen Umständen diesem Standpunkt anschließen wird. Aber immerhin spricht eine große Wahrscheinlichkeit für die Ablehnung. Die Parteiblätter der Unabhängigen treten für die Beibehaltung ihrer alten Taktik ein, die jede Koalition mit dem Bürgertum außerhalb des Bereiches der politischen Möglichkeiten stellt.

Scheidemann über die Möglichkeit eines Bürgerkrieges.

Der frühere Reichskanzler und jetzige Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, sollte in einer Stadtverordnetenversammlung die Erörterungen über die mutmaßliche Bildung einer neuen Regierung mit der Bemerkung abgeschnitten haben, daß Deutschland spätestens in zwei Monaten eine neue Revolution haben würde. Demgegenüber stellt Scheidemann in der V. V. fest, daß er von einer Revolution nicht gesprochen, sondern lediglich in einer streng vertraulichen Sitzung gegenüber dem Optimismus eines Deutsch-Nationalen bemerkte, die Lage sei trostlos, wir können in kurzer Zeit wieder einen Bürgerkrieg haben.

Die Politik des Gruselns.

Von Dr. E. Jenny.

Die Gerüchte, die heute mit finsterem Raunen durch die deutsche Oeffentlichkeit umlaufen und von Putschen, von Kladderadatschen, von bevorstehenden unheimlichen Begebnissen wissen wollen, gemahnen an das Wort eines der Führer der nordrussischen Bolschewisten, es sei Pflicht eines jeden Parteianhängers dieser Zerstörersekte, in unruhigen Zeiten alle aufregenden Gerüchte aufzugreifen und ihnen möglichste Verbreitung zu verschaffen. Es gäbe kein besseres Mittel, das Bürgertum einzuschüchtern und in Angst gefangen zu halten, als Schauermären in Umlauf zu setzen und in Umlauf zu erhalten.

Es ist eine ganz bewußte Taktik des Gruseligmachens, die ihr Ziel darin sieht, eine von allgemeiner Unsicherheit geschwängerte Atmosphäre zu schaffen. Von allen Seiten läßt man Gerüchte von nahendem Unheil in die Welt flattern, die sich zu widersprechen scheinen mögen, aber trotzdem sich in ihrer Gesamtwirkung — der Schaffung lähmender Angst — verstärken. Putsch von rechts, — Putsch von links ... zuletzt weiß niemand mehr, wohin er das wachsame Auge zu wenden hat. Dabei werden die Fährten tatsächlicher Schleichwege des Umsturzes verwirrt und verwischt in dem quirlenden Strudel der ausgesprengten Gerüchte. In dieser Verfassung ist die Gesellschaft am ehesten reif zur Ueberrumpelung: es ist die beste Vorbereitung des Nährbodens bolschewistischer Handstreiche.

In Rußland ist diese Taktik vorzüglich ausgearbeitet gewesen. Man wandte sie mit allen erdenklichsten Mitteln an; mit den modernen der Zeitungsente, der Funkspruchlüge und Volksversammlung so gut wie mit den altväterlichen des Hintertreppenklatsches und des Bajazzaufsteuers (Marktgerüchtes). Erfahrungsgemäß bringt man dadurch die Gemüter derart in Verwirrung, daß die unsinnigsten Nachrichten Glauben finden und die übelsten Männer Zuhörer und Gefolgschaft finden. Dann blüht der Weizen der Demagogen, der Volksverführer.

In dem also erzeugten Fieber quälender Ungewißheit besteht ein wesentlicher Teil der Schreckensherrschaft. Die also hervorgebrachte latente Verängstigung ist die Ergänzung des akuten Grauens, das von den offen verübten blutigen Greueln ausgeht. Eines ergänzt das andere; beide gehören taktisch zusammen. Die öffentliche Meinung soll außer Fassung gebracht werden. Keiner soll mehr aus und ein wissen, keiner dem anderen mehr trauen in der Flut von Mißtrauen und Unsicherheit, die über die Köpfe der ratlosen Zeitgenossen geschwemmt wird. Und die gesunde Urteilskraft wird erstickt in der entstehenden allgemeinen Nervosität.

In dieses widerstandsunfähige Meinungsgewirr läßt man dann die insgeheim aufgewiegelten wilden Bezirken der Pöbelmassen platzen. Das war das planmäßige Vorgehen des Bolschewismus in Rußland. Bevor der Novembersturm gegen das System Kerenskis losging, hatte man dieses Trommelfeuer wildester Gerüchte einsetzen lassen. Und die gleiche Taktik wird heute seitens der Moskauer Weltumsturzzentrale bei der Agitation im Auslande angewandt. Während einerseits die garstigen Instinkte der Massen aufgepeitscht werden, wird zugleich ein solches verwirrendes Sperrfeuer gegen die vernünftige Kritik losgelassen. Man sucht jede richtige Erkenntnis der Sachlage zu verdunkeln, die Meinungen durch umherschwirrende Gerüchte irre zu leiten. Je unsinniger, desto besser. Es bleibt immer etwas hängen — heißt es auch bei diesem Lügennetz, in dem sich die Vernunft der Völker fangen soll. Denn nicht darauf kommt es an, eine bestimmte falsche Meinung zu verbreiten, sondern darauf, daß überhaupt jede Meinungsbildung aussetze, jede Ueberzeugung irre werde.

Daher der dichte Schleier, mit dem der Bolschewismus sich zu umgeben versteht. Wer bringt heute noch im Westen eine gefestigte Ansicht über den Bolschewismus auf? Man vermutet, man munkelt, man schaudert und — man hofft. In Deutschland sind von solchen unklaren Hoffnungen sogar gutbürgerliche Kreise erfaßt. Die sachverständigen Angaben werden in jedem einzelnen unbewußt durch geschickt in Umlauf gesetzte lügenhafte Gegenmeldungen beraubt und ... widerlegt? — Nein, denn zu widerlegen ist auch die raffinierte bolschewistische Propaganda durch Tatsachen nicht imstande; aber sie werden gemindert, durch Zweifel angenagt, durch freche Widersprüche, zu deren Lösung es dem Laien an Kenntnissen gebricht, erschüttert.

In diesen Gerüchten schleicht die Macht des latenten Terrors um. Und die Zersetzung der öffentlichen Meinung ist in Westeuropa schon sehr weit vorgeschritten. Man habe acht darauf.

Die Absetzung des Landrates von Asseburg.

Die plötzliche Absetzung des Landrates von Asseburg, die vor einigen Tagen erfolgte, hat, wie vorauszusehen war, in den Kreisen der Eingesessenen große Entrüstung hervorgerufen, zumal gegen das Verhalten des Beamten nicht das Geringste vorliegt. Am 5. Juni nahmen, wie der „Hann. Cour." aus Stolzenau berichtet, die Mitglieder des Kreistages in einer besonders anberaumten Sitzung, ferner an demselben Tage die Vertreter sämtlicher Kreisorte, sowie Abgeordnete verschiedener Berufsstände, Stellung zu dieser Angelegenheit. Beide Versammlungen gestalteten sich zu einmütigen Kundgebungen für den abgesetzten Landrat. Nach längerer Aussprache stimmten, bis auf die beiden sozialdemokratischen Mitglieder des Kreistages, alle einer Entschließung gegen die plötzliche Abberufung des Landrats von Asseburg zu, in der sie die sofortige Aufhebung des Regierungserlasses fordern. Die Versammlungsteilnehmer sandten ein in diesem Sinne gehaltenes Telegramm an die Regierung. Der Kreistag beschloß, eine Kommission aus allen Berufsständen des Kreises zu wählen, die nach Berlin fahren sollte, um dem Minister die Beschwerden des ganzen Kreises Stolzenau vorzutragen.

Deutsch-englische Verhandlungen über Lebensmittel und Rohstoffe.

Die „Times" berichtet, daß der deutsche Lebensmittelkontrolleur Merz vor einigen Tagen mit einer deutschen Kommission in London eintraf. Diese Kommission, die bereits nach Deutschland wieder zurückgekehrt ist, hatte mehrere Besprechungen mit dem englischen Lebensmittelminister. Der Aufenthalt der Kommission wurde streng geheim gehalten und man kam überein, daß über die Besprechungen nichts verlautbart werden sollte. Der Grund für dieses Stillschweigen ist unbekannt. Die „Times" läßt aber einige Anhaltspunkte über die stattgehabten Besprechungen durchblicken. Die Mitglieder der Kommission erklärten, daß Deutschland nicht produzieren könne, da die gegenwärtig verteilten Lebensmittel ungenügend seien. Deshalb fordert die deutsche Kommission, daß die englische Regierung sofort Lebensmittel liefere, damit wenigstens die gegenwärtige Verteilung eingehalten werden könne. Diese Forderung gründet sich auf Artikel 235 des Friedensvertrages, der Deutschland verpflichtet, in den Jahren 1919, 1920 und 1921 Lieferungen im Werte von 20 Millionen Goldmark an die Alliierten vorzunehmen. Für diese Summe können nach dem Friedensvertrag Lebensmittel u. Rohstoffe an Deutschland geliefert werden. Die Kommission fordert, daß die englische Regierung diese Zahlungen anerkenne, indem sie Deutschland Rohstoffe, hauptsächlich Phosphate, Mineralien und Farben liefere. Die Kommission fordert auch, daß Deutschland einige Handelsschiffe behalten müsse. Die deutschen Vertreter beklagten sich, daß, da man Deutschland zu wenig Schiffe gelassen habe, Deutschland für eingeführte Waren höhere Fracht bezahlen muß, als alle anderen Völker.

Der geplante Luftangriff auf Berlin.

Im Cristal Palace in London wird eine Ausstellung von Kriegserinnerungen eröffnet, die unter anderem die Pläne und das Material für Bombenangriffe auf Berlin zeigen. Der Vertreter der Daily Chronicle hat bereits die Pläne und eine Riesenbombe von vierzehnhundert Pfund Gewicht, die größte ihrer Art, die auf Berlin geworfen werden sollte, gesehen. Es war geplant, daß von der englischen Ostküste zwölf Maschinen höher unbekannten Typs, beladen mit verschieden schweren Bomben, in der Richtung auf Berlin aufbrechen sollten. Natürlich war der Angriff lediglich auf militärisch wichtige Punkte von Berlin dirigiert, worüber die Pläne ausliegen. Die ganze Reise sollte in einer Fahrt ausgeführt werden und am frühen Nachmittag beginnen, so daß Berlin gerade nach der Dämmerung erreicht worden wäre. Regelmäßige Wiederholungen der Angriffe waren geplant. Es war alles für diese Angriffe nach monatelangen Vorbereitungen fertig, als der Waffenstillstand eintrat. Ein zweiter Plan galt einem Angriff auf Berlin von Bulgarien aus. In diesem Falle sollte die Reise über Prag gehen.

Zum Tode des deutschen Konsuls in Täbris.

Die Darstellung Reuters, daß der deutsche Konsul in Täbris, Wustrow, Selbstmord begangen habe, erweist sich nach einem in Berlin eingegangenen Bericht des deutschen Vertreters Dr. Schütz in Täbris als unrichtig. Wustrow wurde durch eine von außen auf das Konsulatsgebäude abgeschossene Kugel getroffen.

Bei der deutsch-persischen Gesellschaft ist nach dem Berliner Lokal-Anzeiger folgendes Telegramm eingegangen:

Teheran, 3. Juni. Die Ereignisse in Täbris treiben zur Katastrophe. Die Regierung in Täbris versucht, die ins deutsche Konsulat Geflüchteten mit Gewalt herauszuholen und will nicht nachgeben. Konsul Wustrow kann nicht nachgeben, weil in Persien jeder fremde Vertreter nach Landesbrauch und Herkommen bei seiner Ehre und seinem Ansehen zum Schutze von Asylflüchtigen unter Einsetzung seines Lebens verpflichtet ist. Der Kampf um das deutsche Konsulat in Täbris wird unter Anwendung von Bomben und Maschinengewehren mit Erbitterung geführt. Ein von Konsul Wustrow in Teheran eingelaufenes Telegramm in französischer Sprache besagt, daß ein Appell an die Furcht in einem deutschen Herzen keinen Widerhall finde, der Weg zu den Flüchtlingen nur über seine Leiche führe, daß er nur Befehlen der deutschen Regierung gehorche, und schließt mit den Worten: „Ich empfehle meine Frau und meine Kinder der deutschen Regierung." Vizekonsul Dr. v. Druffel ist noch nicht in Täbris eingetroffen, sondern anscheinend unterwegs zwischen Tiflis und Täbris. Die englischen Truppen in Täbris haben sich auf Kaswin zurückgezogen. Die englische Bank verläßt Täbris. In Teheran wird eine Kabinettskrisis erwartet.

Das Geschick des Konsuls Wustrow ist um so tragischer, als er dieser Tage auf seinem Posten abgelöst werden sollte. Vom Auswärtigen Amt wird er als einer der tatkräftigsten Beamten des auswärtigen Dienstes beurteilt. Er ist auf seinem Posten in Täbris seit dem Jahre 1918 tätig. Vom Auswärtigen Amt war er angesichts der unruhigen Verhältnisse in und um Täbris ermächtigt worden, heimzukehren; er zog es jedoch vor, auf seinem Posten weiter auszuharren. Im Auswärtigen Amt war allerdings bekannt geworden, daß er in einen Konflikt mit den persischen Behörden geraten war; deshalb beabsichtigte das Auswärtige Amt, Herrn Wustrow durch einen andern Beamten abzulösen. Dieser ist nach Täbris bereits vor mehreren Wochen abgegangen. Nach den zuletzt eingelaufenen Nachrichten befindet er sich schon seit längerer Zeit in Tiflis und wäre jedenfalls, wenn der Reiseweg zurzeit gangbar wäre, bereits in Täbris eingetroffen.

Tagesereignisse.

— **(Vermehrung der Polizeitruppe, nicht der Armee.)** Aus Paris wird gemeldet: In einer seiner jüngsten Noten benachrichtigte Deutschland die Alliierten, daß es bis zum 10. Juli die Bestände seiner ständigen Armee nicht auf die im Versailler Vertrag vorgesehene Ziffer von 190 000 Mann reduzieren könne und verlangt, die gegenwärtige Reichswehr, die aus 200 000 Mann besteht, behalten zu dürfen. Wie verlautet, soll der Oberste militärische Rat von Versailles Deutschland ermächtigt haben, seine Polizeibestände zu erhöhen, nicht aber diejenigen seiner ständigen Armee.

Vom 10. Juni ab befinden sich in der neutralen 50-Km.-Zone von der deutschen Reichswehr noch 10 Bataillone, 5 Schwadronen und eine Batterie. Diese Verbände bilden einen Teil des Uebergangsheeres, dessen Herabminderung auf 200 000 Mann durchgeführt ist.

— **Reichspräsident Ebert** soll, wie der Lok.-Anz. von unterrichteter Seite erfährt, nicht beabsichtigen, von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Herr Ebert soll besonders dadurch zu seinem Entschluß bewogen worden sein, daß er innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person findet. Er empfindet sie als ungerechtfertigt, weil seine Kritiker anscheinend übersehen, daß er als Reichspräsident keinen Parteiinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen habe.

— **(Die Zusammensetzung des bayerischen Landtages.)** Die „Münch. Nachr." haben eine Berechnung über die künftige Zusammensetzung des bayerischen Landtages einschl. der sogenannten Landesmandate und einschl. der Verteilung der fünf von 15 Mandaten auf Grund der Restziffern aufgestellt. Danach wird sich der neue bayerische Landtag folgendermaßen zusammensetzen: 25 Mehrheitssozialisten, 19 Unabhängige, 2 Kommunisten, 65 Bayer. Volkspartei, 11 Demokraten, 12 Bauernbündler und 21 Bayer. Mittelpartei (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei).

— **(Bayerns Vertretung im Reichstag.)** Unter Berücksichtigung der Verbindung der Kreiswahlvorschläge sind jetzt zum Reichstag in Bayern insgesamt als gewählt zu erachten: Sieben Sozialdemokraten, fünf Unabhängige, achtzehn Bayer. Volkspartei, drei Demokraten, drei Bauernbündler, fünf Bayer. Mittelpartei und Deutsche Volkspartei.

— **(Zur Regierungsbildung in Braunschweig.)** In der Sitzung der Landesversammlung in Braunschweig, in der die Bildung einer neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl der neuen Landesregierung so lange auszusetzen, bis die Frage der Bildung einer neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Es fehlte der größte Teil der Fraktion des Landeswahlverbandes. Die Wahl der Regierung wurde auf heute vertagt.

— **(Warum auf 400 000 kommunistische Stimmen nur 2 Sitze?)** Es dürfte in manchen Kreisen Verwunderung erregen, daß die Kommunisten trotz der für sie abgegebenen Stimmen nur zwei Mandate erhalten. Das erklärt sich aus dem Reichswahlgesetz, nach dem auf den Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetensitze entfallen darf, die ihnen auf die angeschlossenen Kreiswahlvorschläge zugefallen sind. Da nun die Kommunisten nur im Wahlkreis Zwickau ein Mandat zu erreichen vermochten, so können sie auf ihre Reststimmen auf Grund des Reichswahlvorschlags nur noch einen Abgeordneten zugestanden erhalten, und zwar wird das Klara Zetkin sein.

— **(Herabsetzung der Preise für Schuhwaren.)** Die Schuhwarenhändler in Bernburg haben gemeinsam beschlossen, die Preise für Schuhwaren erheblich herabzusetzen. Sie erklären in einer Bekanntmachung, daß die Zurückhaltung des kaufenden Publikums eine große Geschäftsstille und Arbeitslosigkeit in den Schuhwarenfabriken hervorgerufen habe, und daß sich diese daher veranlaßt sehen, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage durch Herabsetzung der Preise ihrer gesamten Warenlager Rechnung zu tragen.

— **(1554 Deutsche nach England zugelassen.)** Der britische Innenminister erklärte im Unterhaus, daß in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis zum 30. April 1920 im ganzen 1554 Deutsche nach Groß-Britannien hereingelassen worden sind. Von diesen waren 587 an Deutsche verheiratete britische Frauen und Witwen oder deren Kinder. Der Minister bestritt, daß die Deutschen als angebliche Schweizer oder Skandinavier nach England kämen.

— **(Exkaiser Karl will nach Ungarn zurück.)** Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlaute, Exkaiser Karl habe sich an die Entente mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Exkaiser behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangels an Geldmitteln nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

— **(Schweden lehnt bolschewistische Aufträge ab.)** Die großen schwedischen Lokomotivfabriken haben die Aufträge der bolschewistischen Regierung nicht angenommen. Auch die meisten schwedischen Banken nehmen eine sehr reservierte Haltung ein.

— **Die Tschechen und Slowaken besinnen sich,** daß sie ohne Deutschland doch nicht zurecht kommen können. Sie lassen in Leipzig das Gebäude am Markt, in dem sich das bekannte Weinrestaurant „Aeckerleins Keller" befindet, zu einem tschecho-slowakischen Meßpalast umbauen, der schon 1921 eröffnet werden soll. Hoffentlich geht man in Prag auf diesem Wege der Einsicht weiter und macht auch den Deutschen in Böhmen das Leben erträglich.

Kleine Nachrichten.

Wie der Deutsch-polnische Pressedienst meldet, hat die polnische Regierung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatschef hat es angenommen und die Regierung gebeten, die Regierungsgeschäfte weiter zu führen.

Der König von Italien hat gestern das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Nitti angenommen und Giolitti mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Es verlautet, daß Giolitti sich bereits über die Verteilung seiner Ministerien einig sei und auch schon mit den betreffenden Kandidaten ein Einvernehmen erzielt habe.

Die Straßenbahner Wiens haben neuerdings große Lohnforderungen gestellt. Inzwischen wird ernstlich erwogen, den Fahrpreis auf 4 Kronen festzusetzen. Der neue Tarif soll Ende des Monats in Kraft treten.

Aus Washington wird gemeldet, daß das Schlachtschiff Ostfriesland, der kleine Kreuzer Frankfurt und drei ehemalige deutsche Zerstörer Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten übergeführt werden.

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, wurde die nassauische Fürstengruft von Einbrechern heimgesucht, die Abendmahlsgeräte und Taufbecken stahlen.

Für die bevorstehenden Großberliner Stadtverordnetenwahlen sind die Demokratische Partei und das Zentrum eine Listenverbindung eingegangen.

Eine Meldung des „Petit Parisien" besagt, daß in der Nacht zum 6. Juni in Persien die bolschewistische Revolution ausgebrochen sei.

Infolge des Ausfalles der Reichstagswahlen tritt die sächsische Regierung zurück. Es werden neue Kammerwahlen in Sachsen spätestens im Herbst stattfinden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 11. Juni. **(Verschiedenes.)** Wer Erzeugnisse einer neugegründeten Fabrik, die noch gar nicht in ordnungsmäßigem Betriebe ist, verkauft und zu liefern verspricht, kann sich seinem Abkäufer gegenüber nicht auf **unverschuldete Unmöglichkeit** berufen, wenn er die verkauften Waren, weil die Fabrik nicht in Betrieb gekommen ist, dann nicht liefern kann. Denn der Verkäufer handelt in einem solchen Falle fahrlässig, wenn er Waren verkauft, von denen er nicht mit Sicherheit weiß, daß er sie noch erhalten wird. In diesem Sinne ist jetzt ein Streitfall vom Reichsgericht entschieden worden.

Die Evangelische Schulgemeinschaft Kamen, in welcher die Freunde der evangel. Volksschule sich zusammengeschlossen haben, hat für die beiden Volksschulen in der Stadt: die Wilhelm- und die Augusta-Viktoriaschule, je eine Unpolitische christliche Liste von Kandidaten zur Elternbeiratswahl aufgestellt. Die Evang. Schulgemeinschaft sah sich dazu gezwungen, nachdem von anderer Seite die Aufforderung gegeben worden war, Listen nach Parteigesichtspunkten aufzustellen. Dazu konnte sich die Evang. Schulgemeinschaft nicht verstehen; was hat die Schule mit Parteipolitik zu tun? Es wurde also eine Liste von Kandidaten aufgestellt, nach deren politischer Zugehörigkeit man nicht fragte; die aber versprechen, dafür zu sorgen, daß der evangelisch-christliche Charakter unserer Schulen erhalten bliebe. So kamen die Listen zustande, und zwar für die Wilhelmschule folgende: 1. Bergmann Julius Rolf, 2. Postsekretär Friedrich Rehfuß, 3. Rektor Wilhelm Steube, 4. Schuhmacher Karl Bleidieck, 5. Steiger Heinrich Oberloskamp, 6. Lehrer Hugo Krämer, 7. Frau Amtsrichter Marie Schmidt, 8. Sanitätsrat Dr. August Lutter, 9. Frau Bergmann Pauline Bartsch, 10. Pastor Rudolf Kochs, 11. Bergmann Friedr. Steindorf, 12. Werkmeister Heinrich Seidel, 13. Bergmann August Biermann, 14. Witwe Stadtrentmeister Martha Bohnenkoch, 15. Stadtsekretär Adolf Winde, 16. Gärtner Gustav Westrich, 17. Frau Oberpostschaffner Emma Diening, 18. Bergmann Eduard Währisch, 19. Klempner Heinrich Schürhoff, 20.. Frau Betriebsleiter Hedwig Funkert, 21. Maler Gust. Menkhoff und 22. Schreinermeister Wilhelm Winterhoff. Für die Augusta-Viktoria-Schule: 1. Maler M. Andreas, 2. Schlosser F. Sauerland, 3. Frau Charlotte Mertin, 4. Hauptlehrer Ruß, 5. Pastor Ewald, 6. Redakteur Schubeis, 7. Postschaffner H. Härtel, 8. Metzger J. Borgstädt, 9. Schuhmacher Holtsträter, 10. Schuhmacher W. Hauptreif, 11. Bergmann A. Mücher, 12. Wwe. Martha Gerdes, 13. Wiegemeister G. Gorontzki, 14. Wwe. Elise Vogt, 15. Bergmann H. Ehresmann, 16. Vorarbeiter J. Eckardt. 17. Bergmann H. Hilbk. 18. Friseur H. Heerbeck, 19. Bergmann E. Selbach, 20. Wwe. Emma Brandt. Für die Schulen in Lerche und Oberberge I wurde keine besondere Liste aufgestellt, da in diesen Orten eine Einheitsliste zustande gekommen war. Dagegen sind in Oberberge II, Bergkamen und Südkamen wieder Unpolitische christliche Listen aufgestellt. Stimmzettel und Uebersicht über die Kandidatenlisten werden den Wählern zur rechten Zeit noch zugestellt. Und nun ergeht die dringende Aufforderung an unsere Erziehungsberechtigten: Väter und Mütter! Wählt am Sonntag, den 13. Juni nur die Unpolitische christliche Liste, denn Politik hat in Schulfragen nichts zu suchen; und christlicher Geist ist uns bei der Erziehung unserer Jugend nötiger und unentbehrlicher denn je! Uebt Euer Wahlrecht aber auch wirklich aus und bleibt nicht zu Hause, denn auf den Elternbeirat kommt in Zukunft viel an! Gewählt wird nur in den betreffenden Schulen, zu denen die Kinder gehören und zwar von morgens 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr. Wählt die Unpolitische christliche Liste!

Die katholische Elternvereinigung der Josephschule hielt am Mittwoch abend im Lokale des Wirtes Dröge eine sehr gut besuchte Elternversammlung ab. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Rittmbruch eröffnet. Als Redner war Herr Professor Dünnebacke aus Dortmund gewonnen worden. Herr Professor Dünnebacke referierte über die Einheits-, Simultan- und Konfessionsschule. Der Vortrag wurde von allen Zuhörern mit großer Spannung verfolgt und erntete der Redner großen Beifall. Herr Rittenbruch dankte dem Redner für seine großartig gewählten Worte und richtete an die Versammlung die Bitte, für die von der Elternvereinigung aufgestellte Liste Johann Rittenbruch, Stanislaus Smektala, Frau Anna Eggert usw. eintreten und die Liste wählen zu wollen. Gleichzeitig bat Herr Rittenbruch die Wahl schon des Vormittags gleich nach dem 9- und 10-Uhr-Gottesdienst vornehmen zu wollen. Die Wahl findet am Sonntag, den 13. Juni 1920 in der katholischen Josefschule von des Morgens 9 bis 6 Uhr nachmittags statt. Die Kandidaten der christlichen Liste der Josefschule sind: 1. Rittenbruch Johann Knappsch.-Abtlg.-Leiter, Bahnhofstr. 36; 2. Smektala Stanisl., Bergmann, Schlachthofstr. 16; 3. Eggert Anna, Ehefrau, Roonstraße 9; Göke Fritz, Lehrer, Kirchstraße 12; 5. Obermann Johanna, Ehefrau, Klosterstraße 20; 6. Weber Friedrich, Bergmann, Dortmunderstr. 48; 7. Schulte Johann, Bergmann, Nordenmauer 70; 8. Schroelkamp Ludger, Kaufmann, Bahnhofstr. 50 a; 9. Uhrmeister Paul. Gemüsehändler, Kirchstraße 13; 10. Runke Emil, Bergmann, Westenmauer 45; 11. Olejniczak Johann, Bergmann, Schlachthofstr. 18; 12. Dickgreber, Martha, Ehefrau, Rottumerstraße 217; 13. Brinkmann Gerhard, Bergmann, Hohendahlstraße 1; 14. Geyser Leo, Ober-Eisenbahn-Assistent, Schlachthofstr. 36; 15. Wilking Josefine, Witwe, Schillstraße 143; 16. Kosanetzki Ludwig, Kürschner, Markt 19; 17. Reichel Therese, Ehefrau, Zwischenstraße 23; 18. Faschepoth Josef, Bergmann, Roonstraße 9; 19. Landwehr Wilhelm, Bergmann, Lindenbergstraße 4 und 20. Kiciusli Thomas, Maurer, Hohendahlstraße 3.

Für die Elternbeiratswahl der Städtischen Höheren Mädchenschule in Kamen am 13. Juni ist nur eine Liste eingereicht worden mit folgenden Kandidaten: 1. Frau Anna Bona, Bahnhofstraße 46 b, 2. Friedrich Rehfuß, Postsekretär, Hoeneperstr. 11, 3. Friedrich Hellweg, Bergmann, Kämenstr. 3, 4. Frau Wilhelm Heineke, Bahnhofstraße 48, 5. Frau Landwirt Heinrich Stamm, Lerche, 6. Gottlieb Altena, Lehrer, Weststraße 3, 7. Josef Ebbers, Sachwalter, Bahnhofstr. 47, 8. Frau August Oelgeklaus, Unnaerstr. 48, und 9. Frau Gerichtswachtmeister Heinrich Meyer, Bahnhofstraße.

(Telegraphen- und Fernsprechgebühren.) Um Mißverständnissen zu begegnen, wird auf folgendes nochmals hingewiesen: Die Fernsprechteilnehmer haben einen einmaligen Beitrag von 1000 Mark für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß zu leisten; die Zahlung des Beitrages ist Vorbedingung für die Belassung der bestehenden und die Herstellung neuer Anschlüsse. Die Zahlung des Beitrages kann einmalig oder, wo das wirtschaftliche Bedürfnis vorliegt, in vierteljährlichen Raten von 250 Mark erfolgen. Der Beitrag wird von dem auf die Einzahlung folgenden Monat mit 4 vom Hundert verzinst und dem Teilnehmer bei Aufhebung des Anschlusses zurückgezahlt. Die erste Teilzahlung ist am 1. Oktober fällig. Den Teilnehmern steht es frei, den ganzen Betrag auf einmal zu entrichten.

(Fast zehn Millionen an Kameradenunterstützungen durch den Deutschen Kriegerbund.) Die Zentralkasse des Deutschen Kriegerbundes hat in den Jahren 1906/19, seitdem die Wohlfahrtspflege allgemeine Bundesangelegenheit geworden ist, rund 9 618 000 Mark an Unterstützungen gezahlt. Hiervon entfallen 3 458 000 Mark auf die Waisenpflege und 5 160 000 Mk. auf Unterstützungen an bedürftige Kameraden und Kameradenwitwen. Das ist erreicht worden mit dem geringen Kopfbeitrag von 24 Pfg. in den Jahren 1906/13 und 34 Pfg. seit 1914, wobei bemerkt werden muß, daß in den Kriegsjahren die eingezogenen Mitglieder, rund 1 Million, beitragsfrei waren. Die Beiträge wurden ergänzt durch die Gewinne wirtschaftlicher Unternehmungen des Bundes, aus denen den Unterstützungszwecken rund 995 000 Mark zuflossen. Damit ist die Unterstützungstätigkeit der Kriegervereine nicht erschöpft. Zu obigen 9 618 000 Mark treten die weit größeren Beträge der einzelnen Landes-Kriegerverbände und ihrer Unterverbände und Vereine. Im ganzen Reiche leisteten die Deutschen Kriegervereine aus allen ihren Kassen vor dem Kriege jährlich rund 7½ Millionen Mark an Unterstützungen, wahrlich ein stolzer Beweis für die Wohlfahrtstätigkeit des Deutschen Kriegervereinswesens und für seine soziale Bedeutung.

(Ruhegehaltsempfänger u. Hinterbliebene.) Die preußische Landesversammlung hat am 7. Mai das Gesetz betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Diensteinkommensverbesserungen und damit auch das Beamtendiensteinkommengesetz und das Volksschullehrer-Altruhegehaltsgesetz angenommen. Es kann den Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen, insbesondere Solchen, die bisher noch keine Teuerungsbeihilfen bezogen haben, nur dringend geraten werden, alsbald der Behörde, in deren Bezirk der Beamte oder Lehrer zuletzt beschäftigt gewesen ist, ihre Wohnung und die zahlende Kasse mitzuteilen. Wenn für Kinder im Alter vom vollendeten 14. bis 21. Lebensjahr Kinderbeihilfen erbeten werden, muß der Name und Geburtstag der Kinder und ferner mitgeteilt werden, ob die Kinder ein eigenes Einkommen beziehen. Dabei ist die Art und Höhe des Einkommens anzugeben.

(256 Seiten Ausführungsbestimmungen zur Tabaksteuer.) Zum Tabaksteuergesetz hat der Vertreter des Reichsministers der Finanzen, Moesle, mit Zustimmung des Reichsrats umfangreiche Ausführungsbestimmungen erlassen, die noch rechtzeitig zum 1. April im Druck fertiggestellt worden sind. Sie füllen ein großes Buch von nicht weniger als 256 Quartseiten und regeln mit der gewohnten Gründlichkeit, mit der diese Dinge behandelt zu werden pflegen, alles bis ins einzelne. Das große Werk bestimmt den Gegenstand der Besteuerung, regelt die Befreiung von der Steuer und dem Verpackungszwang, die Berechnung der Steuer, die Angestellten- und Arbeiterzigarren, die Steuerzeichen, deren Entwertung, Umtausch und Ersatz, den Reiseverkehr, die Buchführung usw. Noch weit umfangreicher sind die zahllosen Anlagen und Muster. Beigefügt ist eine besondere Tabakanbauordnung. Für die Tabakstatistik sind ebenfalls besondere Bestimmungen getroffen. Das Erntejahr läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Selbst über Ersatzstoffe für Tabak gibt es eine besondere Ordnung. Auch von diesem wird eine Abgabe in Höhe von 100 Mark für den Doppelzentner in verarbeitungsreifem Zustande erhoben. Ihre Verwendung muß bewilligt werden und steht unter Steueraufsicht.

(Kartoffelsegen.) Ueber den augenblicklichen großen Kartoffelsegen schreibt die „Hag. Ztg.": Seit zwei Wochen etwa wird der industrielle Westen mit Kartoffeln überschüttet. Während im Spätherbst und Winter keine Ware zu erhalten war, einzelne Städte wochenlang gar nichts oder nur wenige Pfund ausgeben konnten, können jetzt Kartoffeln frei gehandelt werden. Vereinzelt ist der Preis, der bis zu 60 Pfg. für das Pfund künstlich in die Höhe getrieben worden war, bereits erheblich zurückgegangen und in Händlerkreisen rechnet man mit der Möglichkeit, in vierzehn Tagen den Zentner für die Hälfte des jetzigen Preises abgeben zu können. Die Annahme stützt sich auf die Tatsache, daß aus zahlreichen Bezirken noch große Angebote vorliegen, während der Bedarf zur Zeit vollauf gedeckt ist. Kreise, die angeblich im Herbst schon lieferungsunfähig waren, können jetzt Dutzende Waggons verfrachten. Unter diesen Umständen ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß große Restbestände dem Verderben anheimfallen. Mußte das sein? — Infolge der starken Kartoffelzufuhr wurde der Preis in Dortmund auf 40 Pfg. heruntergesetzt.

(Außerordentliches Kriegsgericht Soest.) Gemäß Verfügung des Oberpräsidenten als Regierungskommissar in Münster ist das außerordentliche Kriegsgericht in Soest aufgehoben und mit dem außerordentlichen Kriegsgericht in Dortmund zusammengelegt worden.

Südkamen, 11. Juni. **(Elternbeiratswahl.)** Man schreibt uns: Am Sonntag, den 13. Juni, finden auch an unserer Schule die Elternbeiratswahlen statt. Da die Politik nicht in die Schule gehört und im Interesse der Kinder der Kampf der politischen Parteien von der Schule ferngehalten werden muß, ist für die Wahl eine Liste von Männern aufgestellt worden, die den verschiedensten politischen Parteien angehören, die aber alle darin einig sind, daß der christliche Charakter unserer Schule sichergestellt werden muß, wenn sie rechte Erziehungsarbeit an den Kindern leisten soll. Diese unpolitische christliche Liste enthält folgende Namen: 1. Bergmann Gustav Steinmeier, 2. Rangiermeister Wilhelm Möllmann, 3. Lehrer Fritz Risch, 4. Bergmann August Kassing, 5. Bergmann August Zweihoff, Dorfstraße, 6. Stationsschaffner Reinhold Hentschel, 7. Bergmann August Zweihoff, Dortmunderstraße, 8. Bergmann Fritz Deifuß. Wem also die christliche Erziehung seiner Kinder am Herzen liegt, der versäume Sonntag die Wahl nicht und wähle nur die vorstehende unpolitische christliche Liste, die mit dem Namen Bergmann Gustav Steinmeier beginnt.

!! **Massen**, 11. Juni. **Diebe** sind hier wieder eifrig am Werke. In der Nacht vom 6. bis zum 7. ds. Mts. statteten sie einem Anwohner der Hellwegstraße einen Besuch ab und entwendeten aus dem Flur einen dort angebrachten größeren Spiegel und aus dem Keller eine Anzahl Wäschestücke. Durch das Zertrümmern einer Fensterscheibe gelangten sie in die Wohnung eines Bergmanns auf der Kletterstraße und nahmen nach Durchwühlung sämtlicher Räume Wäsche, Eßwaren und bares Geld mit.

? **Hamm**, 10. Juni. **(17. Hauptversammlung der der Westfäl. Landwirtschaftskammer angeschlossenen landwirtschaftlichen Vereine.)** Dienstag nachmittag um 2 Uhr hatten sich im katholischen Vereinshaus die der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen angegliederten landwirtschaftlichen Vereine zusammengefunden, um ihre 17. Hauptversammlung abzuhalten. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Versammlungsleiters hielt der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Edler v. Braun-Berlin, einen interessanten Vortrag über die Lage der deutschen Landwirtschaft. Sodann nahm Oekonomierat Dr. Gerlander Stellung zu den neuen Vorschlägen der Nahrungsmittelbewirtschaftung. Nach eingehender Behandlung der Milch- und Butterpreisfrage durch den Zuchtinspektor Schraeder wurde die freie Diskussion eröffnet, die einen regen Verlauf nahm. Schließlich wurde hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Ernährungswirtschaft eine Entschließung angenommen, nach der sich die Landwirtschaft vorläufig noch mit der Aufrechterhaltung der jetzigen Zwangswirtschaft abfinden wird. Sie erwartet jedoch, daß das frühere Prämiensystem nicht wieder eingeführt und ein Ablieferpreis festgesetzt wird, der noch einen angemessenen Gewinn beläßt. Die Saatgutbeschaffung ist tunlichst zu erleichtern. Sie fordert ferner die Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Oelsüchten und den Fasergewächsen. Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, so ist mindestens eine Freigabe aller Oelmühlen mit sofortiger Wirkung anzuordnen. Ebenso ist die Zuckerbewirtschaftung unverzüglich und nicht erst von der Ernte 1921 ab freizugeben. Hinsichtlich der Kartoffelbewirtschaftung wird in erster Linie eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert. Mit einer Preisbindung, die aber nach Deckung der Erzeugungskosten noch einen angemessenen Gewinn belassen muß, wird sich die Landwirtschaft im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung für die Uebergangszeit noch einverstanden erklären. Die Zwangsbewirtschaftung von Schlachtvieh ist, soweit es sich um Schlachtschweine handelt, vollständig freizugeben. Für dieses Jahr wird jedoch dem Plane zugestimmt, wonach ein Teil der Ernte zunächst durch privatrechtliche Lieferverträge für die allgemeine Volksernährung unter entsprechend höheren Preisen sichergestellt werden soll. Sollte sich für Schlachtschweine die Festsetzung von Lieferpreisen im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung noch nicht umgehen lassen, so sind diese so hoch zu setzen, daß eine Schweinemast auch unter Verwendung ausländischer Futtermittel noch rentabel ist. Die Einfuhr von Futtergetreide ist freizugeben. Die Zwangswirtschaft bei den Schlachtrindern ist nach Erledigung der gegenwärtig laufenden Ablieferungen an Frankreich und Belgien ohne weitere Beschränkung aufzuheben, wie ferner bei der Butter- und Milchversorgung grundsätzlich die baldige Wiederherstellung der freien Wirtschaft gefordert wird.

5½ **Dortmund**, 10. Juni. **Zum Schluß der kommunistischen Unruhen** hielten es die Bergleute Georg Fischer, Adolf Fuhr und sein Bruder Fritz in Aplerbeck für erforderlich, der Roten Garde beizutreten und mit nach Asseln und später nach Billmerich auszuziehen. Die Burschen, die 19 bezw. 21 und 18 Jahre alt sind, hatten nicht gedient. Als sie aus dem Feldzuge nach Aplerbeck zurückkehrten, tat es ihnen offenbar leid, sich von den Gewehren zu trennen. Die Eltern wollten die Waffen natürlich nicht im Hause behalten, um nicht in Strafe genommen zu werden. Die Burschen wußten sich aber zu helfen. Fritz Fuhr mußte mit dem 16jährigen Hugo Fischer, den man bei der Roten Garde nicht hatte gebrauchen können, die Gewehre in einer Wiese verstecken. Die Fuhrs wollten später ihre beiden Gewehre zurückholen, um sie mitzunehmen, wenn sie, wie beabsichtigt, nach Brasilien auswandern würden. Auch Fischers wollten sich das Gewehr für kommende Zeiten sichern. Die beiden Bengels waren beim Verstecken der Gewehre bemerkt worden und gelangten zur Anzeige, worauf die Verhaftung der vier Angeklagten erfolgte. Wegen Aufruhr und verbotenen Waffenbesitzes wurden vom Dortmunder Kriegsgericht Georg Fischer, Adolf und Fritz Fuhr zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Hugo Fischer wegen Waffenbesitzes zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten wurden je 6 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Letzterer soll auf die Begnadigungsliste kommen. — Im „Kremebergnügen" wurde am 31. März der von Brünninghausen nach Hörde herübergekommene 20 Jahre alte Franz Klunck (gebürtig aus Malmedy) durch den Alarm einer Hörder Sirene „gestört". Als er mit einem Freunde sich überzeugen wollte, was das auf sich habe, wurde er als „junger Kadett" aufgefordert, mitzumachen. Er ließ sich nicht lange nötigen, nahm ein Gewehr und fuhr mit nach Unna. Von dort kam er bald zurück. Heldentaten zu verrichten, hatte er keine Gelegenheit bekommen. Nachdem er am 2. 4. die Waffen abgegeben und nach Brünninghausen zurückgekehrt war, zog es ihm am Tage darauf wieder nach Hörde. Dort schloß er sich einer Abteilung an, die nach Wellinghofen aufgeboten war, um „Räuberbanden", die sich dort eingerichtet hätten, zu vertreiben. Er nahm teil an dem Waffen- und Gefangenen-Transport von Wellinghofen nach Hörde. Kremes war für den Angeklagten der Nadau in Hörde. Das Dortmunder Kriegsgericht bestrafte den Klunck wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs usw. mit 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

5½ **Dortmund**, 10. Juni. Das Schwurgericht verhandelte gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen das Dienstmädchen Franziska Naßmann aus Scheidingen b. Soest wegen Kindesmordes. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, da sie der Ansicht waren, daß die 21 Jahre alte Angeklagte bei Begehung des Verbrechens sich nicht in vollem Besitz ihrer Geisteskräfte befunden habe. Der Sachverständige war allerdings anderer Meinung. Dem Spruch der Geschworenen gemäß mußte das Gericht auf Freisprechung erkennen.

? **Holzen**, 10. Juni. **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde in der Wohnung des Lehrers Koch hierselbst ausgeführt. Nach Zertrümmerung eines Kellerfensters sind die Diebe in das Gebäude eingedrungen und haben sämtliche Behältnisse durchwühlt. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wie Herren- und Damenkleidung, Gardinen, Lebensmittel usw. und ein Jagdgewehr, hießen die Spitzbuben mitgehen.

(h) **Herne**, 10. Juni. **(750 000 Mark neue Staatsbeihilfe für die städtischen Wohnungsbauten.)** Dem Leiter des Wohnungsamtes, Stadtbaumeister Hoole, ist es gelungen, bei der Staatsregierung die Bewilligung eines weiteren Ueberteuerungszuschusses für die in der Fertigstellung begriffenen städtischen Wohnungen in Höhe von 750 000 Mark sicherzustellen. Von Reich und Staat waren im September 1919 für die Errichtung von Wohnungen bereits 2 100 000 Mark Baukostenzuschüsse bewilligt worden.

? **Gütersloh**, 10. Juni. **In dem Eisenwarengeschäft** von H. F. Knieplamp ist man größeren Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Ein in dem genannten Geschäft seit Oktober v. Js. beschäftigter Gehilfe aus Ebbesloh scheint der Hauptschuldige zu sein, aber auch weitere Personen sind in die Angelegenheit verwickelt. Der Gesamtwert der unterschlagenen Sachen wird auf mindestens 120 000 Mark geschätzt.

„=" **Barmen**, 10. Juni. **Die Stadtverordneten** nahmen gegen die Stimmen der Unabhängigen einen Antrag der Stadtverwaltung an, den Polizeibeamten für die gelegentlich der Märzunruhen geleisteten außergewöhnlichen Dienste eine besondere Zulage von je 60 Mark zu bewilligen. Die Unabhängigen machten bei ihrer ablehnenden Haltung geltend, daß die Polizeibeamten während der Märzunruhen gegen die Arbeiterschaft geführt worden seien. Der Vorsitzende hob demgegenüber hervor, daß die Beamten nur gegen bewaffnete Plünderer vorgegangen seien. Unter den damals anfänglich gefangen genommenen 80 Personen hätten sich nur Auswärtige, keine Einheimische befunden. Die Zuhörer, die durch Zwischenrufe in die Verhandlungen einzugreifen versuchten, wurden vom Oberbürgermeister unter Androhung, er würde den Zuhörerraum räumen lassen, ernstlich zur Ruhe verwiesen. Ein Dringlichkeitsantrag des mehrheitssozialistischen Stadtverordneten Haberland, bei der Staatsregierung sofort vorstellig zu werden, daß Neuwahlen für die Stadtverordnetenversammlung und die preußische Landesversammlung schleunigst angeordnet würden, wurde dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Elberfeld, 10. Juni. **(Die Stadtverordneten und die Hilfspolizeimannschaften.)** Der Oberpräsident von Westfalen hatte als Regierungskommissar drahtlich angeordnet, daß Hilfspolizeibeamte ohne Bestätigung durch den Regierungspräsidenten nicht im Polizeidienst verwandt werden dürften. Infolgedessen waren 95 aus den Märztagen noch beschäftigte, damals unter einem gewissen Zwang den Gruppen der Linke entnommene und eingestellte Hilfspolizeibeamten nach vorheriger Kündigung entlassen worden. Ein Antrag der U. S. P. forderte die Wiedereinstellung der Mannschaften; die Mehrheitssozialisten fügten dringliche Anträge hinzu, in denen der Reichspräsident ersucht wird, den Ausnahmezustand über Elberfeld und die hier eingerichteten Kriegsgerichte aufzuheben und den Minister des Innern zu ersuchen, die am 20. Mai verfügte Einführung der staatlichen Sicherheitspolizei in Elberfeld rückgängig zu machen. In der Stadtverordnetenversammlung, die über diese Anträge verhandelte, suchte der Sprecher der Unabhängigen darzutun, daß die Hilfspolizeimannschaften weit zuverlässiger seien als die Grüne Polizei. Die im Zuhörerraum anwesenden Hilfspolizeimannschaften machten ihrem Sprecher aber wenig Ehre. Als die bürgerliche Mehrheit des Kollegiums der ablehnenden Haltung des Polizeidezernenten folgte und die Wiedereinstellung der entlassenen Hilfspolizeibeamten ablehnte, antworteten die Zuhörer durch stürmische Pfuirufe und drohende Zurufe unter Hinweis auf die nächste Revolution. Abgelehnt wurde auch der Antrag, den Minister des Innern zu ersuchen, den Beschluß auf Einführung der staatlichen Sicherheitspolizei in

Elberfeld rückgängig zu machen; dagegen wurde der Antrag, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Ausnahmezustand in Elberfeld und die hier eingerichteten Kriegsgerichte aufzuheben, angenommen.

„=" **Opladen**, 10. Juni. **Der Eisenbahn-Kriminalabteilung** in Opladen ist es gelungen, umfangreiche Wagenverschiebungen und Diebstähle zwischen den Bahnhöfen Kalk-Nord und Schlebusch aufzudecken. Eine Firma in Köln-Deutz ist um mehrere Millionen Mark geschädigt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, weitere stehen bevor. Auch Eisenbahnbedienstete sind verwickelt.

W **Düsseldorf**, 10. Juni. **Eine neue Interessengemeinschaft.)** Die Verhandlungen zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. über die Bildung einer Interessengemeinschaft mit dem wirtschaftlichen Zweck, die Kohlenbasis für die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. zu verbreitern, sind so gut wie abgeschlossen.

Köln, 10. Juni. **(6 Großschieber festgenommen.)** Die Kölnische Kriminalpolizei hat 6 Personen wegen riesiger Waggonschiebungen, durch die die Eisenbahnverwaltung um über 10 Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schieber haben ganze Wagenladungen mit Sprit, Benzol, Gummireifen usw. nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden usw. verschoben.

** **Köln**, 10. Juni. **Die Erwerbslosen und Kriegsrentenempfänger** hielten gestern im Gürzenich eine Versammlung ab. Eine Abordnung begab sich darauf zum Rathaus. Sie forderte sofortige Auszahlung einer Beihilfe in Höhe von 400 bis 600 Mark. Als die Versammlung erfuhr, daß die Abordnung wegen Abwesenheit des Oberbürgermeisters nichts ausgerichtet hatte, zog sie zum Rathaus. Die Polizei mußte die Demonstranten schließlich mit blanker Waffe auseinandertreiben. Eine Anzahl Personen wurde verletzt.

„=" **Saarbrücken**, 9. Juni. **Die Freie Bauernschaft an der Saar** erklärte durch Beschluß des Landesausschusses die Aufhebung der Zwangsvorschriften für die Milch- und Butterversorgung des gesamten Saargebiets. Jede Verhandlung mit Vertretern der Verbraucher wurde abgelehnt, ein Einheitspreis von 2,50 Mark für das Liter Milch bei Abgabe an Wiederverkäufer und 2,85 Mk. bei Verkauf an die Verbraucher festgesetzt, sowie der Zeitpunkt für Inkrafttreten der Erhöhungen auf den 15. d. Mts. gesetzt. Die Festsetzung eines Butterhöchstpreises wurde nicht mehr anerkannt, mit sofortiger Wirkung wird die F. B. allen Milchkontrolleuren den Zutritt in die Stallungen verwehren. Bei Gegenmaßnahmen der Behörde werden die Landwirte durch die F. B. aufgefordert, die Milcherzeugung einzuschränken. Die F. B. beteiligte sich auch an der Gründung eines Wahlvereins christlicher Bauern für das Saargebiet zum selbständigen Vorgehen bei den bevorstehenden Gemeinde- und Kreisratswahlen im Saarland. Generalsekretär F. Schreiner (Ottweiler), einer der Gründer der F. B. Saar, wurde von der Geschäftsführung der Organisation entbunden.

Schwere Ausschreitungen auf der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen.

(W) **Essen**, 11. Juni. Am 9. Juni nachmittags zogen plötzlich mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Hütte und suchten von der Werksleitung sofortige Zusage an Lohnerhöhungen zu erzwingen. Die Verwaltung erklärte, hierüber nur mit dem Betriebsrat als der gesetzmäßigen Vertretung der Arbeiterschaft verhandeln zu können. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angewachsen und legte nach einigen Reden ihrer Führer sofort das gesamte Werk mit Gewalt still. Die Arbeitswilligen wurden von der Arbeitsstätte vertrieben und die Ausführung von Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich-Alfred-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft steht völlig still. Keinerlei Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt und vermochte bisher wenig Einfluß auf die Tumultuanten auszuüben. Der Schaden geht schon jetzt in die Millionen, denn infolge des plötzlichen Ausbruchs des Tumults und der gewaltsamen Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten konnten ausreichende technische Vorkehrungen, wie sie bei Stillegung von Hütten nötig sind, nicht getroffen werden. Auch wenn die Hütte zur Wiederaufnahme der Arbeit kommt, wird eine Inbetriebnahme in altem Umfange und die Wiederbeschäftigung der ganzen Belegschaft unmöglich. Eine Störung der übrigen Kruppschen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen und die von ihnen wieder belieferten weiter verarbeitenden Betriebe wird umso weniger zu vermeiden sein, je länger die Tumultstörungen in Rheinhausen anhalten.

Französische Einsicht und Befürchtungen.

(TU) **Genf**, 10. Juni. In Paris macht sich nun doch die Erkenntnis geltend, daß die Friedenspolitik der Entente gegenüber Deutschland wesentlich zum Ausfall der Reichstagswahlen und zur Niederlage der Regierungskoalition beigetragen hat. In der Presse kommt die lebhafte Befürchtung zum Ausdruck, daß die Durchführung des Friedensvertrages in Zukunft auf noch größere Schwierigkeiten stoßen werde als bisher. Das „Journal" sagt voraus, daß infolge der wahrscheinlich sehr kräftigen Opposition der äußersten Linken die künftige Regierung gezwungen sein werde, mit dem guten Willen der Deutschnationalen zu rechnen.

Englisch-russischer Handelsverkehr.

(TU) **London**, 10. Juni. Hier verlautet, daß die Räteregierung die englischen Bestimmungen für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs angenommen hat. Krassin hat — wie berichtet wird — bereits große Mengen Chemikalien in London eingekauft. Das englische Finanzministerium hält es für unmöglich, von Räterußland Geld oder Waren entgegenzunehmen, solange Rußland nicht tatsächlich oder von Rechts wegen anerkannt ist.

Ein Grubenunglück in Schlesien.

(TU) **Beuthen**, 10. Juni. Am 9. Juni früh wurde auf dem Aschenbornschacht der Steinkohlenbergwerke „Gottessegen" bei Antonienhütte, der dem Fürsten Henckel von Donnersmarck gehört, bei der Einfahrt der dritten Schale diese infolge Versagens der Fördermaschine in den Schacht gestaucht. Die aufgehende Schale stieß gegen die Seilscheibe. Von den 32 in der Schale befindlichen Personen sind zwei schwer, neun weniger schwer und 22 leicht verletzt worden.

*

Lebendig begraben unter den „Hallen" von Ypern.

Von einer schauerlichen Entdeckung wird aus Lille geschrieben: Von dem in heißem Ringen vielumstrittenen völlig zerstörten Ypern sind nach wie vor die „Hallen" die größte Sehenswürdigkeit. Gegenwärtig werden die Räumungsarbeiten um das Gebäude und unter ihm fortgeführt und dabei machte man dieser Tage einen grausigen Fund aus der Zeit, da sich noch der Granatregen über die gequälte Stadt ergoß. Von den Kellern der Tuchmacherhallen führten früher lange Gänge nach verschiedenen Punkten der Stadt, von denen natürlich während des Krieges fleißig Gebrauch gemacht wurde. In einem dieser halb zugestürzten Gewölbe fand man nun dieser Tage die Leichen von vierzig englischen Soldaten. Obwohl es nur Skelette in Uniform waren, legte doch noch die Stellung der Toten von dem furchtbaren Todeskampfe Zeugnis ab, der hier von den vierzig lebendig Begrabenen gekämpft wurde. Nur ein ganz klein wenig Barmherzigkeit hatte ihnen das Schicksal in ihrer letzten Stunde erwiesen. Die lebend Eingemauerten scheinen nämlich dem Hungertode entgangen zu sein. Fast alle lagen da mit den Händen vor dem Antlitz in der typischen Stellung eines Menschen, der giftigen Gasen das Eindringen in seinen Körper wehren will. Einige von den Unglücklichen müssen noch einen sinnlosen Kampf gegen die Mauern des sie umschließenden Gewölbes geführt haben. Die Tragödie dürfte sich vor etwa fünf Jahren abgespielt haben. Damals schlug eine Granate größten Kalibers in die Hallen und richtete in den Kellern große Verheerungen an; eine ganze Infanterieabteilung wurde aufgerieben. Offenbar hat die gleiche Granate den Zusammensturz des Gewölbes auch an jener Stelle bewirkt, wo die vierzig Soldaten lagen. So wurden sie lebendig begraben, und die Fortsetzung der Beschießung machte ihre Rettung unmöglich. Ein Hilfstrupp, der sich an die Trümmer heranzuarbeiten versuchte, mußte dieses Unternehmen mit der Hälfte seiner Leute bezahlen. So mußte man den Gedanken, die vierzig Begrabenen zu retten, aufgeben und sie ihrem gräßlichen Schicksal überlassen.

Die Kosten unseres Heeres.

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt: Nach dem Heereshaushalt für 1914 betrug die Friedensstärke des Heeres 800 640 Köpfe. Für diese Stärke waren an fortdauernden Ausgaben veranschlagt 979 867 719 Mk. Das ergibt auf den Kopf des Soldaten eine Durchschnittsjahresausgabe von rund 1224 Mk.

Für das jetzige 100 000-Mann-Heer waren an fortdauernden Ausgaben zum Haushalt 1920 angemeldet rund 1 541 000 000 Mk. Diese Summe wird sich infolge des Besoldungsgesetzes auf etwa 2 Milliarden Mk. erhöhen. Das ergibt auf den Kopf eine Durchschnittsjahresausgabe von 20 000 Mk. Dies ist also rund der siebzehnfache Betrag der Kosten von 1914.

Die Erhöhung der Ausgaben ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen: Die gewaltige Steigerung der Preise aller Rohstoffe und Verbrauchsgegenstände hat natürlich auch auf den Heereshaushalt ihre Rückwirkung. Die Kosten für Verpflegung, Bekleidung, Bewaffnung z. B. sind um das Vielfache gestiegen. Wie die große Teuerung jeden Privathaushalt außerordentlich stark belastet und die Ausgaben auf eine noch nie dagewesene Höhe schraubt, so tritt dies naturgemäß beim Heere auch in die Erscheinung. Wir müssen jetzt ein Söldnerheer unterhalten, indem wir gezwungen sind, dem einzelnen, um tatsächlich brauchbare Leute zu erhalten, eine ausreichende Bezahlung zu gewähren. Während in dem auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden alten Heere der gemeine Mann neben freier Verpflegung und Unterkunft eine tägliche Löhnung von 30 Pfg. erhielt, bezieht er jetzt eine Mindestvergütung — mit Verpflegung und Unterkunft — von ca. 20 Mk. täglich. Ein Heer in der Friedensstärke von 1914 würde als Söldnerheer unter Zugrundelegung der Verhältnisse des jetzigen 100 000-Mann-Heeres eine Jahresausgabe von etwa 15 bis 16 Milliarden verursachen, während umgekehrt ein 100 000-Mann-Heer unter Zugrundelegung der Ansätze im Heereshaushalt für 1914 eine Ausgabe von nur rund 122½ Millionen Mk. erfordern würde.

*

— **Made in Germany.** Aus Newport wird gemeldet, die städtischen Behörden faßten mit großer Mehrheit den Beschluß, einen neuen elektrischen Motor bei der A. E. G. in Berlin zu bestellen, zum Preise von 1600 Pfund. Drei Mitglieder der Versammlung protestierten dagegen daß diese Bestellung nach Deutschland ginge. Der Vorsitzende erklärte, der Grund liege einzig darin, daß in England der gleiche Motor 4000 Pfund koste

— **Stillegung der Heuernte?** Im Kreise Pyritz drohen die Mitglieder des Landarbeiterverbandes mit der Stillegung der Heuernte, falls nicht ihre Forderungen bewilligt werden. Sie fordern einen Gesamtlohn von 16 Mark bei achtstündiger Arbeitszeit, 20 Mark bei zehnstündiger und 24 Mark bei elfstündiger Arbeitszeit, außerdem soll die elfte Stunde noch mit 2,40 Mark besonders entschädigt werden, so daß der Lohn für diese elfte Stunde 6,40 Mark betragen würde. Zu diese Lohnsumme sind die Deputate einzuberechnen, und zwar Getreide mit 20,25 Mark Kartoffeln mit 7,50 Mark. Für Hofgänger verlangt der Verband einen Jahreslohn für 14- bis 15jährige von 1925 Mk., für 16- bis 17jährige 2250 Mark, für 18 Jahre und darüber 2400 Mark und für sämtliche Hofgänger 20 Zentner Getreide und 25 Zentner Kartoffeln. Die Arbeitgeber sind nicht abgeneigt, ihnen denselben Barlohn zu gewähren, den die Arbeiter der Städte verdienen, wenn die Landarbeiter auf alle Deputatgewährung verzichten.

— **Blutiger Kampf zwischen Forstbeamten und Wilddieben.** In den oberhessischen Waldungen des Fürsten von Isenburg-Büdingen ist es zu einem mehrstündigen, regelrechten Gefecht zwischen Forstbeamten und Wilderern gekommen, in dessen Verlauf ein junger Bauernsohn erschossen wurde. Der Vorfall hat in Büdingen eine so starke Erregung gegen die Forstbeamten hervorgerufen, daß 120 Mann Reichswehrtruppen dorthin entsandt wurden, die Ausschreitungen verhindern sollen.

— **Große Unterschlagungen bei einer Kriegsgesellschaft.** Ueber eine Viertelmillion Mark unterschlagen und in kurzer Zeit mit zwei Helfershelfern durchgebracht hat ein erst 18 Jahre alter Fakturist, der von der Kriminalpolizei als Fälscher entlarvt und festgenommen wurde. Wie der junge Mann angibt, sei er mit seinem Gehalt nicht ausgekommen. Da ihm die Gesellschaft die von ihm erbetenen Vorschüsse nicht bewilligt habe, sei er auf den Gedanken gekommen, sich durch Scheckfälschungen das nötige Kleingeld zu verschaffen. Das sei ihm auch ziemlich leicht gefallen, da bei der Gesellschaft ein großes Durcheinander geherrscht habe und es keinem aufgefallen sei, wie er aus den frei umherliegenden Scheckbüchern mehrere Formulare herausgenommen habe. Um sich in den Besitz größerer Geldsummen zu setzen, trat er mit einem früheren Banklehrling und einem Kaufmann zusammen. Die entwendeten Schecks, auf denen er die Unterschriften der Vorsteher gefälscht hatte, übergab er seinen Helfershelfern, die, als ihnen der erste Scheck glatt ausgezahlt wurde, nacheinander eine Viertelmillion Mark abhoben und von dem Gelde auf großem Fuße lebten. Als sie schließlich einen Scheck über 250 000 Mark erheben wollten, schöpfte die Bank Verdacht und veranlaßte die Verhaftung der Betrüger. Von dem ganzen Gelde besaß der junge Mann nur noch 320 Mark.

— **Was der Rubel wert ist.** Aus Kiew in der Ukraine wird gemeldet, daß das Pfund Butter mit 2000 Papier-Rubeln bezahlt wird. Es ist also bald wieder so weit, wie zu Anfang der bolschewistischen Revolution, wo die Rubelscheine nicht gezählt, sondern gewogen wurden.

— **Eine Stadt ohne Arbeitslose** ist die Stadt Pirmasens. Es könnte noch einer Menge auswärtigen Zuschneidern, Stoppern usw. Beschäftigung gegeben werden, wenn nicht auch hier die Wohnungsnot so sehr herrschte.

Aus dem Simplizissimus. Garnisonkirchgang in X. Der greise Superintendent predigt über die Brotspeisung und verspricht sich dabei mit den Worten: „Also speiste der Herr mit 10 000 Broten zehn Mann." Einige aufmerksame Marsjünger stutzen, und ein junger Leutnant sagt ziemlich laut zu seinem Nachbarn: „Das kann ich auch." Der Superintendent, der dies gehört hat, blickt ihn strafend an und spricht weiter. Nach Schluß des Gottesdienstes tritt er aber an den ihm persönlich bekannten Offizier heran und sagt zu ihm: „Herr Leutnant, ich muß Sie doch bitten, in Zukunft meine Predigt nicht zu stören, außerdem war Ihre Bemerkung doch unsinnig." — „Keineswegs," erwiderte dieser und klärt den Pfarrer über seinen „lapsus linguae" auf.

Der sehr gewissenhafte alte Herr, dem die Sache sehr peinlich ist, fühlt sich am Schluß der nächsten Sonntagspredigt veranlaßt, zu sagen, daß er sich das letzte Mal versprochen habe; es müßte natürlich heißen, der Herr speiste mit zehn Broten 10 000 Mann. Wieder tritt er nach dem Gottesdienst an den Missetäter vom vorigen Sonntag heran und fragt ihn wohlwollend lächelnd: „Na, Herr Leutnant, können Sie das auch?" — „Gewiß," erwidert dieser schlagfertig, „ich habe vom letzten Mal noch 9990 Brote übrig."

Salmiakgeist statt Selterwasser in der Gastwirtschaft.

Eine böse Verwechslung bildete die Grundlage zu einem kürzlich vor dem Reichsgericht verhandelten Schadenersatzprozeß: Der Privatmann S. kam eines Tages im April 1915 in die Bäcksche Gastwirtschaft zu Friedenthal bei Pyrmont und bestellte eine Flasche Selterswasser. Er hat aus der ihm vorgesetzten Flasche in ein Glas eingegossen und getrunken; das war aber von verhängnisvoller Wirkung: die Flasche enthielt nämlich statt Selterswasser Salmiakgeist. S. zog sich eine schwere Verbrennung des Schlundes zu, es stellten sich auch Sprachstörungen, sowie ein Magen- und Darmleiden ein.

Auf die von S. erhobene Klage sind die Erben des inzwischen verstorbenen Gastwirts B. vom Landgericht Hannover und ebenso vom Oberlandesgericht Celle zum Schadensersatz verurteilt worden. Zur Begründung führt das Oberlandesgericht aus, es sei durch die Beweisaufnahme erwiesen, daß die Flasche tatsächlich Salmiakgeist enthielt, als sie dem Kläger von dem Erblasser der Beklagten vorgesetzt wurde. Es müsse ohne weiteres angenommen werden, daß die Verwechslung der Flasche auf einem Verschulden des B. beruhe; denn in einer ordnungsmäßig geführten Wirtschaft könne und dürfe es nicht vorkommen, daß eine Flasche mit Salmiakgeist in der Nähe der Selterswasserflaschen aufbewahrt werde, oder daß auf sonstige Weise eine derartige Verwechslung möglich sei Eine eigene mitwirkende Fahrlässigkeit des Klägers müsse verneint werden. Auch wenn er nicht, wie er behaupte, den Geruchssinn verloren gehabt hatte, könne ihm doch der Salmiakgeruch leicht entgangen sein; denn er sei erhitzt aus dem Walde gekommen und habe dann rasch ein Glas aus der ihm vorgesetzten Flasche getrunken, wobei es ihm in der Eile und infolge seiner Unterhaltung mit den anderen Gästen auch nicht weiter aufzufallen brauchte, daß beim Oeffnen der Flasche und beim Einschenken die Flüssigkeit nicht brauste.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von den Beklagten versuchte Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: VI 215/19. — Urteil des Reichsgerichts vom 6. November 1919.)

Kleine Nachrichten.

Die albanische Aufstandsbewegung nimmt sehr ernste Folgen an. Nach den Nordalbanesen haben sich jetzt auch die südalbanesischen Stämme der Bewegung angeschlossen. Der Aufstand wird von führenden Persönlichkeiten unterstützt.

Die Versuche der Syndikalisten, in Barzelona und Valenzia den Generalstreik zu verkünden, sind mißglückt.

Im dritten Münchener Geiselmordprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten Wallhauser und Rotter die Todesstrafe. Das Urteil wird Sonnabend gefällt werden. Rotter ist Oesterreicher.

Das B. L. wird aus Kopenhagen gemeldet, daß nach einem Reutertelegramm aus Tokio offiziell mitgeteilt wurde, daß die Japaner bei ihrem Einmarsch in Nicolajewsk keinen einzigen Japaner am Leben fanden. Man glaubt, daß sie sämtlich am 25. Mai ermordet worden sind.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von eingesetzter Zugehörigkeit aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Weddinghofen, 11. Juni. Anläßlich der uns überwiesenen Geldspende sehen wir uns veranlaßt, der Ortsgruppe der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Die dankbaren Witwen.

Vereinsnachrichten.

(!) **Kamen**, 10. Juni. **(Westfälischer Provinzial-Sängerbund.)** Der Westfälische Provinzial-Sängerbund, dessen Tätigkeit während des Krieges fast ganz ruhte, hat inzwischen wieder einen mächtigen Aufschwung genommen. Bereits am Ende des vergangenen Jahres zählte er 166 Vereine mit 7566 Sängern. Seit dem 1. Januar wurden 19 Vereine mit 912 Sängern aufgenommen, so daß jetzt ein Mitgliederbestand von 185 Vereinen mit 8478 Sängern zu verzeichnen ist. Eine große Anzahl von Vereinen haben ihren Beitritt in Aussicht gestellt, so daß bald mit der stattlichen Schar von 10 000 ausübenden Mitgliedern zu rechnen ist. Die Ehrenurkunde des Deutschen Sängerbundes wurde verliehen zur 75jährigen Jubelfeier dem Männergesangverein Witten und zur 50jährigen dem Männergesangverein Herne, dem Schöntaler Männerchor in Wetter und dem Nahmer Männergesangverein in Hohenlimburg. In Zukunft wird der Provinzial-Sängerbund auch zum 25jährigen Jubelfeste der Vereine eine besondere Ehrenurkunde überreichen. Großen Anklang findet die Ehrentafel für die gefallenen Sänger, die ein würdiges Erinnerungsblatt um unsere verstorbenen Helden bildet und zu billigem Preise von dem Bunde zu beziehen ist. Ein großes Bindeglied des Deutschen Sängerbundes sind ferner seine beiden Liederbücher, die das Beste unserer Männerchorliteratur enthalten und zu einem verhältnismäßig äußerst billigen Preise von dem Bunde abgegeben werden. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Westfälischen Provinzial-Sängerbundes E. V. in Dortmund, Liebigstraße 8.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. Vebentel Krammarkt. V. = Viehmarkt. MV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt. Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 14. Juni: Wetter (Ruhr) K. Jahrm.; Kastrop Schw.

Dienstag, 15. Juni: Horstmar K. V., Förde (Kr. Olpe) K., Boltrop Rindv., Pf., Schw., Haltern Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Südlohn K. Rindv. Schw., Brakel Rindv. Pf. Schw. Hammel, Minden K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Pellum K., Gütersloh Rindv. Schw.

Mittwoch, 16. Juni: Bocholt Rindv. Pf. Schw., Borghozhausen Rindv. Pf. Schw., Dortmund Zucht Faseld., Flierich K., Niedermarsberg K. Rindv. Pf. Schw.

Donnerstag, 17. Juni: Dorsten Rindv. Pf. Schw, Gescher V., Lengerich (Bahnh.) Rindv. Schw., Rheine K. V., Halle Rindv. Pf. Schw., Rahden K. Wolle, Schmallenberg Schw.

Freitag, 18. Juni: Coesfeld Rindv. Schw., Metlingen Rindv. Schw., Enniglob Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Herford K. Rindv. Pf. Schw.

Redaktions-Briefkasten.

N. 9, Kamen. Ueber alle Auswanderungsfragen erteilt kostenlose Auskunft das Reichswanderungsamt in Berlin, Wilhelmstr. 71. An eine Einwanderung feindlicher Ausländer nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in den nächsten Jahren nicht zu denken. Nach einer vor wenigen Tagen veröffentlichten amtlichen Erklärung von Seiten der amerikanischen Regierung sollen Eltern, deren Kinder in Amerika festen Wohnsitz haben, einwandern dürfen, wenn die Kinder sich verpflichten, den Unterhalt der Eltern zu bestreiten, sofern diese selbst erwerbsunfähig sind. Auch ehemalige Amerikanerinnen, die durch die Heirat mit einem Deutschen ihre frühere Staatsangehörigkeit verloren haben, werden zur Rückwanderung zugelassen. Und schließlich Kaufleute, die den einwandfreien Nachweis führen, daß sie in Geschäften den amerikanischen Boden betreten.

F. in Weddinghofen. Lehnen Sie die Annahme des Buches ab, da Sie nur durch die Vorspiegelung einer falschen Tatsache zur Bestellung veranlaßt worden sind.

E. M., Kaiserau. Setzen Sie sich unter Berufung auf uns mit dem Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen in Berlin W. 52, Schloß Bellevue, in Verbindung, der Ihnen mit seinem Rate gern zur Seite stehen wird.

D. A. 2 in Velkum. Wenn Sie ohne Zustimmung der Ortskrankenkasse die Behandlung mit Höhensonne durch einen Privatarzt haben vornehmen lassen, so ist die Kasse zur Erstattung der Kosten nicht verpflichtet. Andernfalls muß die Kasse aufkommen. Auf jeden Fall empfehlen wir Ihnen, unter Nachweis der Notwendigkeit, bei der Kasse ein Gesuch um Kostenerstattung zu stellen.

Das Sauerländische Wanderbuch von H. Kracht ist soeben in seiner 4. vollständig umgearbeiteten Auflage im Verlag Fr. Wilh. Ruhfus, Dortmund erschienen. Für die Gediegenheit des Buches, das sich in seinen früheren Auflagen so schnell Bahn brach, bürgen schon die Namen der beiden Verfasser Kracht — Ewald. Es ist so recht ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Unter anderem enthält es vorzügliche Ratschläge zur Orientierung im Gelände, auch ohne Kompaß; es zählt die wichtigsten Wetterregeln auf, durch deren Beobachtung der Wanderer feststellen kann, was für Wetter ihm die nächsten Tage bringen werden. Praktische einfache Kochrezepte, Aufzählung der ersten Hilfeleistungen bei Unglücksfällen, die Herstellung eines einfachen Trinkbechers, Vorschläge zu wirklich genußreichen Rundwanderungen durch das ganze Sauerland, das alles sind Kapitel aus dem Buche, die es unentbehrlich für den Besucher des Sauerlandes machen. Außerdem führt der Verfasser die Schüler- und Jugendherbergen auf und nennt die Hauptsommerfrischen mit den jetzt geforderten Verpflegungspreisen. Etwas was noch kein anderer Sauerlandführer hat, enthält dieses Buch, nämlich ausführliche geologische und geschichtliche Mitteilungen. Krachts Wanderbuch ist auch der einzige mit erstklassigem Bilderschmuck versehene Führer. Vorzüglich ist auch das Kartenmaterial der 4. Auflage. Außer einer Hauptkarte sind noch 3 große und 5 kleine Einzelkarten, sowie 4 Rundblickkärtchen vorhanden. Ganz neu ist das Orientierungssystem auf der Hauptkarte. Es ermöglicht im Augenblick die Länge der Wanderwege festzustellen. Aber nicht nur dem Wanderer im Sauerlande bietet es etwas, auch die Wegenetze an der unteren Ruhr sind in dem Buch enthalten und ebenso die Skilaufstrecken aller Skigebiete. So ist das Buch in seinem neuen Kleid ein Werkchen, das mit zu den besten und vielseitigsten aller Führer gehört, die über deutsche Mittelgebirge geschrieben sind. Der Preis (9,60 Mk. einschließlich der Teuerungszuschläge) muß mit Rücksicht auf das Gebotene und die heutigen Verhältnisse als niedrig bezeichnet werden.

Der wirtschaftliche Niedergang. Von Dr. Otto Hugo. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. Berlin SW., Friedrichstr. 226. (Preis geh. 2,50 Mk.). Die Schrift stellt sich als eine Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik dar, die wesentlich unter Führung Dr. Hugos von der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung betrieben worden ist. Darüber hinaus zeigt die Abhandlung aber auch klar, was hätte geschehen müssen, um den wirtschaftlichen Niedergang zu verhindern und was weiterhin notwendig ist, um die wirtschaftliche Wiederaufrichtung zu ermöglichen. Der Verfasser geht von der Voraussetzung aus, daß der Gedanke der Produktion alle anderen wirtschaftlichen Probleme überragt. Er sieht in den Mitteln der Anleihebeschaffung, der Konsolidierung der Auslandsschulden und ähnlichen Operationen nur Hilfsmittel, die sämtlich versagen müssen, wenn nicht zuvor die Produktionsleistung in Deutschland wieder auf eine angemessene Höhe gebracht wird. Die Rettung aus der wirtschaftlichen Notlage sieht Dr. Hugo in der Schaffung einer vernünftigen wirtschaftlichen Auffassung, der Abstellung aller bürokratischen und überorganisatorischen Hindernisse, in der Berufung fähiger und tüchtiger Männer auf die führenden Posten, in der Beschränkung des Beamtenapparates und der Reichsausgaben, in der Absperrung überflüssiger Einfuhr und der Förderung der Ausfuhr entbehrlicher Güter. Die Schrift ist keine theoretisch-wissenschaftliche Abhandlung, sondern dient der politischen Aufklärung, in der der Verfasser das wesentlichste Mittel zur Herbeiführung einer vernünftigen Wirtschaft in

Walter Schmidt
Schneidermeister
Alma Schmidt
geb. Wiedemann verw. Hussmann

Vermählte.

Kaiserau, den 11. Juni 1920.

2058

Ernst Wegmann
Hedwig Wegmann
geb. Floer

Vermählte.

Kamen, den 11. Juni 1920.

2300

Gras-Verkauf.

Am Samstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr anfangend, läßt Herr Wilh. Schumacher, Lünen

15 Morgen vorzügliches Gras

in der **Lippeweide** an der Dortmund-Gronauer Bahn nummerweise meistbietend verkaufen.

Lünen, den 5. Juni 1920. i2254
Plagge, Auktionator.

Grasverkauf

Weddinghofen.

Montag, den 14. d. Mts., nachm. 6 Uhr, läßt Herr Landwirt Blumendeller in der großen Wiese, in der Nähe seines Hofes, ca. **5 Morgen Gras** nummerweise, meistbietend verkaufen. v2312

Töddinghausen, den 12. Juni 1920.

Blödom,

Bruchleidende

Mein Gürtelbruchband „Extrabequem" ist das einzige tichtigsitzende federlose Bruchband, das jeden Bruch schmerzlos und sicher, selbst in schweren Fällen, zurückhält. Bequemstes Tragen Tag und Nacht. Keine Belästigung bei der Arbeit. Viele Dankschreiben. Suspensor, Leib-, Nabel- und Vorfallbinden, Geradehalter, Gummistrümpfe. Mein langjähriger Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in **Dortmund, Dienstag, 15. Juni, 8—3,** Hotel Rieve, beim Olympiatheater. **Hamm: Mittwoch, 16. Juni, 8—3,** Hotel zum Bahnhof. 2305

L. Bogisch, federl. Bruchbänder **Stuttgart,** Spezial-Werkstätte Schwabstr. 38 a Telephon 1332.

Visitenkarten

in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung.
Weststrasse 10.

Junge Gänse



zu verkaufen. 2302
Westicker Weg 20.

Ein schwarzer Schäferhund

mit gelben Abzeichen ist als zugelaufen gemeldet worden.

Abzuholen bei der **Polizeibehörde.**

Fuchsiger männl.



Teckel

entlaufen. Wiederbring. erh. Belohnung. i2311
Bahnhofstr. 29.

Eine gutgehende

Singer-Nähmaschine

für Damenschneiderei zu verkaufen. t2301

Wo sagt die Geschäftsstelle d. Kamener Zeitung.

Ein gut erhaltener

Kinder-wagen

mit Gummibereifung zu verkaufen. p2283
Näheres **Dernerweg 14**

Turnklub „Eichengrün", Kamen.

Sonnabend, d. 12. d. M., abends 8½ Uhr:

Generalversammlung

im Vereinslokal. 2308
Um pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Industrie-Perle 30%
Baas 30%
Westfalenkrone . 35 %
Steinhäger . . 35%
Kognak-Verschnitt . 38%
Weinbrand . . 40 %
Krämers Bittern 40%
(d. beste für Magenkranke)
Trester 50%
Quash und Himbeer
empfiehlt a2306

H. Timmering,
Branntwein-Großhandlg.
Telephon 366.

Fensterglas

hält stets vorrätig

W. Blume,
Anstreichermeister,
Overberge,
Wernerstraße 177. 2280

Eine schöne lederne

Büchertasche

mit Büchern für die Handelsschule und eine

Mandoline

zu verkaufen. a2310

Wo, sagt die Geschft. der Kamener Zeitung.

Ordentliches 2297

Morgenmädchen

oder Frau für leichte Hausarbeit gesucht.
Näheres Geschäftsst.

Ich warne jeden, meinem Pflegesohn Alfons Straube etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

Richard Hütter,
Westenmauer Nr. 24.

Siegellack

in guter Qualität
:: empfiehlt ::

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Ortsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Familienausflug

zum Kasino in Bergkamen

am **Sonntag, den 13. ds. Mts.** Treffpunkt nachm. 2 Uhr an der Wirtschaft v. d. Heide, Schillstraße. Für angenehme Unterhaltung, insbesondere auch Kinderbelustigung, ist bestens gesorgt. Eßwaren sind mitzubringen. Die Kameraden nebst Familien werden freundlichst gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

a2303 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Auf zum Junggesellenball!

Der **Junggesellenklub „Brüderbund" Westick** veranstaltet am **Sonntag, den 13. Juni,** im Lokale des Wirts Arthur Schulze-Beckinghausen ein

gemütliches

Tanzkränzchen.

Spiegelglatter Saal.

Die Musik wird ausgeführt vom altbewährten **Bandoneonklub Alpenklang**

Eintritt: Herren 2 Mk. Damen 1 Mk.

Anfang 5 Uhr.

Hierzu laden freundl. ein die **Westicker Junggesellen.**

Der Vorstand.

N. B. Nachmittags punkt **3 Uhr Mitglieder-Versammlung.**
2307

Gegen Katarrhe
EMS Emser Wasser

Die Aussage, welche ich bei der Gemeindebehörde über den Schneidermeister K. Hiddemann gemacht habe, nehme ich hiermit zurück, da dieselbe auf Unwahrheit beruht.

2299

C. Scharpenberg,
Weddinghofen.

Amt Unna-Kamen.

Mahlkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der neuen Mahlkarten für die Selbstversorger für die Zeit vom 15. Juni bis 14. Juli 1920 findet für die Gemeinden von 1—15 am

Dienstag, den 15. Juni 1920

an folgenden Ausgabestellen statt:

1. Gemeinde Mühlhausen von nachm. 2½ bis 3 Uhr im Amtshause, Zimmer Nr. 9 (Erdgeschoß);
2. Gemeinde Uelzen von nachm. 3—3½ Uhr desgl.;
3. Gemeinde Wasserkurl von nachm. 3½—4 Uhr desgl.;
4. Gemeinde Afferde von nachm. 2½—3 Uhr beim Gemeindevorsteher;
5. Gemeinde Südkamen von nachm. 3½—4 Uhr desgl.;
6. Gemeinde Heeren-Werwe von vorm. 9 bis 12 Uhr im Gemeindebüro;
7. Gemeinde Siddinghausen von nachm. 2 bis 4 Uhr beim Gemeindevorsteher;
8. Gemeinde Hemmerde von nachm. 2—4 Uhr desgl.;
9. Gemeinde Westhemmerde von nachm. 2 bis 4 Uhr desgl.;
10. Gemeinde Massen von vorm. 9—12 Uhr im Gemeindebüro;
11. Gemeinde Oberaden von nachm. 2—4 Uhr in der Wirtschaft Hüsemann;
12. Gemeinde Niederaden von nachm. 2 bis 4 Uhr desgl.;
13. Gemeinde Weddinghofen von nachm. 2 bis 4 Uhr desgl.;
14. Gemeinde Methler von nachm. 2—4 Uhr an der Ausgabestelle;
15. Gemeinde Westick von nachm. 2—4 Uhr desgl.

Am Samstag, den 12. Juni 1920 für folgende Gemeinden:

16. Gemeinde Stockum von nachm. 2½—3 Uhr in der Wirtschaft Gillmann in Stockum;
17. Gemeinde Lünern von nachm. 3½—4½ Uhr in der Wirtschaft Wenkel in Lünern.

Unna, den 6. Juni 1920.

Der Amtmann: gez. Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene.

Angehörige von Kriegsgefangenen, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, wollen diese sofort dem zuständigen Krifaheim melden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig nur auf die in obengenannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen.

Die Anmeldungen müssen bis spätestens **zum 15. Juni 1920** beim zuständigen Krifaheim erfolgen, sonst kann für deren ordnungsmäßige Erledigung keine Gewähr übernommen werden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Meldungen nur um einwandfrei festgestellte Kriegsgefangene, nicht aber um Vermißte handelt.

Hamm (Westf.), den 7. Juni 1920.

Kreisamt für Wohlfahrtspflege des Landkreises Hamm.

Der Kreisamtsdirektor: Deimel.

Launen des Schicksals.

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

(Nachdruck verboten.)

2. Fortsetzung.

Der Regierungsrat hatte seiner Frau die Hand geküßt und unterhielt sich angeregt mit ihr. Trotz ihrer vorgerückten Jahre beanspruchte sie von dem Gatten noch genau die Aufmerksamkeit, die er ihr einst in den Flitterwochen erwiesen hatte, und Herr von Brenken war gutmütig genug, dieser Laune Rechnung zu tragen.

Seine Frau war Engländerin von Geburt und stammte aus einer altadeligen Familie, die sich rühmte, ihren Stammbaum bis auf den Thron von England verfolgen zu können. Frau von Brenken war nicht wenig stolz auf die vornehme Verwandtschaft und redete sich selbst ein, durch ihre Verheiratung mit dem Regierungsrat — der aus gutem, deutschem Uradel stammte, — sozial herabgestiegen zu sein.

Herr von Brenken hatte sich noch nie die Mühe genommen, gegen diese Meinung seiner Frau zu opponieren. Er nahm auch dies ruhig hin, wie viele ihrer Eigenheiten, denen er stets des lieben Friedens halber Rechnung trug. Der einzige Punkt, in dem er seine eigene Meinung durchsetzte, war Gerdas Erziehung.

Seine Frau hätte das junge Mädchen gern in ein Pensionat gesteckt, um ihre Widerspenstigkeit und Unmanier — wie sie Gerdas natürliches, ungekünsteltes Wesen bezeichnete, zu brechen. Doch diesmal gestattete sich ihr Gatte, eine eigene Meinung zu haben und — auch durchzusetzen. Er habe an einer Zierpuppe genug, hatte er einmal in aufbrausender Heftigkeit erklärt, und da gab seine Frau tiefgekränkt nach, und dieses Thema war nie wieder zwischen ihnen berührt worden; doch hatte sie ihm den Ausfall gegen Liane, das Produkt ihrer Erziehung, auf das sie stolz war, nie verziehen.

Doch das alles kümmerte den Regierungsrat wenig. Die Hauptsache war, daß ihm Gerda erhalten blieb. Einstweilen besuchte sie noch die Selekta einer höheren Töchterschule, ohne es mit dem Lernen allzu genau zu nehmen, und sonst lebte sie froh und unbekümmert dahin. Die ewigen Ermahnungen der Mutter, sowie der Spott und die kleinen Bosheiten der älteren Schwester prallten wirkungslos von ihr ab. Am Vater hing sie mit abgöttischer Liebe, und sie wußte, daß sie auch ihm alles war.

Seit einiger Zeit hatte er aber ein kleines Plätzchen ihres Herzens abtreten müssen. Dort lebte — ihr selbst fast unbewußt — das Bild Herbert Brankens, der aber nur Augen für ihre schöne Schwester hatte und sie selbst wie ein richtiges Kind behandelte.

Herbert war der Sohn einer befreundeten Familie und hatte schon als Schüler viel im Hause des Regierungsrats verkehrt. Dieser Verkehr war noch inniger geworden, seit Herbert seine Eltern kurz nacheinander verloren hatte; er betrachtete das Haus des Regierungsrats gleichsam als seine zweite Heimat.

Jetzt studierte der junge Mann in Bonn die Rechtswissenschaft, verbrachte seine Ferien aber fast stets in seiner Vaterstadt Dresden und machte von der Erlaubnis, zwanglos in der Familie verkehren zu dürfen, den ausgiebigsten Gebrauch.

Selbst Frau von Brenken sah die Besuche des jungen Branken gern und erfreute sich der ritterlichen Aufmerksamkeiten, die er ihr gegenüber nie außer acht ließ. Daß der junge Mann Liane auffallend bevorzugte, entging ihr nicht, doch war sie weit davon entfernt, hier eine Gefahr für ihr Lieblingskind zu suchen. Sie wußte, Liane war klug, und im Herzen kühl.

Sie würde niemals ernsthaft daran denken, einem so wenig glänzenden Bewerber, der weder Geld, noch irgendwelche Aussichten besaß, ihre Hand zu reichen; darum brauchte sie sich keine Sorgen zu machen. Und weshalb sollte sie dem jungen Mädchen einen unschuldigen Flirt mißgönnen? — — Zudem würde ja Herbert in kurzer Zeit zu seinen Studien zurückkehren.

Auch Gerda waren die Blicke geheimen Einverständnisses, die Herbert und Liane miteinander tauschten, wenn sie sich unbeachtet glaubten, nicht entgangen und hatten in ihr ein unangenehmes, fast schmerzliches Gefühl verursacht. Sie war noch viel zu kindlich, als daß sie sich selbst darüber klar gewesen wäre, daß es ein Gefühl aufstrebender Eifersucht war, das in ihrem Herzen Platz griff. Ihrer Meinung nach war es nur die Empfindung, daß Liane — diese eitle, kaltherzige und selbstsüchtige Liane — nicht wert war, von Herbert Branken, den sie mit der ganzen Glorie mädchenhafter Schwärmerei umgab, geliebt zu werden.

In ihren Augen war Herbert der beste, edelste und liebenswerteste Mensch, — neben ihrem Vater natürlich — den man sich nur denken konnte. Je tiefer aber diese Ueberzeugung in ihr Wurzel schlug, desto mehr bemühte sie sich, in seiner Gegenwart recht stachlich und unausstehlich zu sein, aus Angst, er möchte sonst ihre Gefühle für ihn erraten.

Eben reichte Herbert Liane die Kuchenschale hinüber, doch sie lehnte lächelnd ab.

„Aber du ißt ja gar nichts", sagte er besorgt.

„Oh, Liane hat nie Hunger, wenn andere dabei sind", sagte Gerda spöttisch, senkte aber sogleich unter seinen verwunderten Blicken errötend den Kopf.

Liane erhob sich.

„Wir wollen ein wenig im Garten promenieren", wandte sie sich an Herbert. „Kommst du mit?"

„Geh nur allein", entgegnete Gerda mürrisch. „Mein Kleid ist noch nicht trocken."

Sie sah die beiden langsam den hellen Weg entlang wandeln. Herberts schlanke Figur überragte Liane fast um Kopfeslänge; er mußte sich im Gespräch zu ihr hinabneigen. Gerda sah, wie ein liebevolles Lächeln über sein hübsches, frisches Gesicht flog, während Liane mit kleinen Schritten neben ihm herwippelte und fast kindlich zu ihm aufsah. Jetzt verschwanden beide hinter dem Hause.

„Schlange!" murmelte Gerda zwischen den Zähnen und fuhr erschrocken zusammen, als die Hand des Vaters liebkosend ihr Gesicht berührte.

„Na, was hast du denn, Kleines? Du bist ja heute ganz extra schlechter Laune."

Gerda hielt des Vaters Hand fest und preßte sie gegen ihre heiße Wange, ohne zu antworten.

(Fortsetzung folgt.)